

Gute Arbeit in schlechten Zeiten

Die Rolle von Arbeit und Tagesstruktur bei der Überwindung der Sucht

Wolfgang Scheiblich, Köln

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

den ersten Vortrag auf einem FDR-Kongress zu halten, ist schon eine Ehre, für die ich sehr dankbar bin. Ich habe gerne zugesagt und möchte meine Ausführungen zum Thema „Gute Arbeit in schlechten Zeiten – Die Rolle von Arbeit und Tagesstruktur bei der Überwindung der Sucht“ in 9 Punkte gliedern:

1. Arbeit gilt als Identität-stiftender Faktor, der Wertigkeit und Anerkennung hervorruft

„Arbeit ist das halbe Leben“ sagt der Volksmund, aber schon der Brockhaus übersetzt Arbeit wörtlich mit „Mühe“ und „Plage“. Karl Marx bezeichnet in seinen Frühwerken die Arbeit als Lebensbedürfnis und als Möglichkeit zur Selbstverwirklichung. Im Wirtschaftslexikon von Gabler wird Arbeit definiert als „zielgerichtete, soziale, planmäßige und bewusste, körperliche und geistige Tätigkeit“. Arbeit wird zu einer Tätigkeit, wofür man bezahlt wird oder zumindest Anerkennung erfährt.

Arbeit dient heute nicht mehr nur der Sicherung der Existenz, sondern soll sinnstiftend sein, soll im Rahmen des „Flow-Erlebens“ Freude und Glücksgefühle hervorrufen und alle Fähigkeiten und die Kreativität des arbeitenden Menschen einbeziehen und entwickeln.

Einen gesicherten Arbeitsplatz zu haben ist ein universeller Wunsch, auch wenn die Realität sieht oft anders aus: atypische Beschäftigungen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit Zeitverträgen, geringfügige Beschäftigung und Scheinselbstständigkeit nehmen stark zu.

„Auf der individuellen Ebene sollte Arbeit die Chance bieten, über die bloße Lebenssicherung hinaus die persönlichen Talente und Interessen zu fördern und zu entwickeln, was immer auch mit einer Entwicklung der Persönlichkeit und ihrer Potentiale verbunden ist“, sagen Peter Hartz und Hilarion Petzold in ihrem frischen Werk „Wege aus der Arbeitslosigkeit“

Nach Marx, der Selbstverwirklichung als einen wichtigen Aspekt beruflicher Erfüllung gesehen hatte, haben in seiner Nachfolge viele Philosophen diese Gedanken und Bewertungen aufgegriffen und weiter definiert, z.B. in der Mitte des letzten Jahrhunderts von Kofler: „Diese Selbstverwirklichung besteht also in der Verwirklichung, d.h. Aktivierung und Weiterentwicklung aller menschlichen Anlagen mit Hilfe der freien Tätigkeit, des Arbeitsspiels zum Zwecke der ständigen Annäherung an das Ideal der harmonisch ausgebildeten Persönlichkeit“.

Erwerbsarbeit gilt als Garant für Wohlstand, auch wenn in zunehmenden Fällen der Arbeitslohn nicht mehr ausreicht zur Existenzsicherung. Dem steht Nicht-Arbeit bzw.

Arbeitslosigkeit gegenüber. Der Status der Arbeitslosigkeit lässt Ausgrenzung und Misstrauen entstehen und führt nicht nur zu wirtschaftlicher Bedrängnis der Betroffenen, sondern auch zu sozialer Ausgrenzung, zu Verlust an Selbstwertgefühl und stellt einen Risikofaktor dar für viele körperliche und seelische Erkrankungen, wie wir heute wissen. Die Sucht ist eine davon.

2. Identität schafft sich immer wieder neu, ist nie „fertig“, sondern vielen Wandlungen des Lebens unterworfen. Sie bricht ein, wenn wichtige Bestandteile zerstört werden. Dazu gehört auch das Arbeitsleben.

Es ist schon lange erwiesen, dass die Marx'schen Thesen stimmen, dass Menschen einen großen Teil ihrer Identität aus der Arbeit schöpfen, dass sie hier Bestätigung finden, dass sie sich erproben können, dass sie Herausforderungen annehmen und meistern können – kurz gesagt, dass Arbeit ein Glück bringender Faktor sein kann, auch und vor allem für Suchtkranke, weil eine zufriedene Arbeit wie ein Gegenmittel wirken kann zu den Lebenserfahrungen, die Suchtkranke oft mitbringen:

Vernachlässigung, Verachtung, Fehlregulation ihrer Impulse und Wünsche, Ausgrenzung, Minderwertigkeitserfahrungen und vieles mehr sind Faktoren auf dem Weg in die Abhängigkeit. Gute Arbeit und Beschäftigung wirkt dem entgegen – ohne Zweifel.

Aber: wird die konkrete Arbeitswelt diesen Anforderungen noch gerecht? Ist die Arbeitswelt, wie sie sich für unsere Klienten präsentiert, wirklich erstrebenswert? Für die einen ist Arbeit fast nicht erreichbar wegen ihrer mangelnden Ausbildung oder ihrer eingeschränkten Durchhaltekraft, für die anderen ist Arbeit nicht attraktiv wegen der geringen Entlohnung und der Angst vor Entwertung oder Ausbeutung nach dem Motto. „Für 1 Euro arbeite ich doch nicht“. Ein solche Äußerung wird gerne als übertriebene und unangemessene Anspruchshaltung angesehen. Es könnte in ihr aber auch ein letztes Aufbäumen vor Wert und Würde zum Vorschein kommen. Eine Gruppe der Leistungsstarken unter unseren Klienten schafft den Sprung in den Arbeitsmarkt und schafft die mehr oder weniger vollständige Integration.

Arbeit hat in unserer Kultur einen immer noch sehr hohen Stellenwert; weil sie aber hat, wiegen Störungen in der Arbeitswelt wie chronische Überlastung (job stress), bossy behaviour von Seiten des Chefs, Mobbing am Arbeitsplatz, der Verlust von Arbeit, besonders schwer, weil dadurch regelhaft auch die persönliche Identität beeinträchtigt werden kann.

Dies gilt besonders für multipel belastete und geschwächte Menschen, die dem sogenannten „Prekariat“ zugerechnet werden, in einem Minusmilieu leben oder suchtkrank geworden sind mit all den damit verbundenen Stigmatisierungen.

Hinzu kommt, dass die Zahl der Berufe, bei denen auf Dauer von einer materiellen Sicherheit und damit einer langfristigen Absicherung auszugehen ist, kontinuierlich abnimmt. Befristete Arbeitsverträge, Wirtschaftskrisen, niedrige Entlohnungstarife und hohe Verschuldung weisen auf viel Unsicherheit in diesem Identitätsbereich hin. Es ist heute für viele Menschen schwer einzuschätzen, ob es finanziell in einigen Jahren genauso aussehen wird wie heute, möglicherweise besser oder aber womöglich auch schlechter.

Gute Arbeit fördert nicht nur die Gesundheit, sondern stärkt auch die Wertewelt der Menschen. Arbeit kann sehr sinnstiftend und befriedigend sein. Wir alle können das hoffentlich auch von uns sagen. Wenn aber Menschen auf Dauer zu niedrig bezahlt werden, mit schlechten Arbeitsbedingungen konfrontiert sind und Angst vor Kündigungen haben, stehen Fragen von Unrecht und Gerechtigkeit, Schuld und Schuldfähigkeit im Raum. Die Themen von Würde, Entwürdigung, Integrität und Integritätsverletzung, von Macht und Ohnmacht, Wertschätzung und Abwertung kommen dann auf.

3. Die gesellschaftliche Ausrichtung allein auf bezahlte Lohnarbeit ist ein Irrweg, da Vollbeschäftigung auf lange Sicht eine Illusion ist und bleibt

Das Ziel der Sozialreformen der letzten Jahre scheint nur noch in der Betonung und Stärkung des Erwerbsarbeitssystems zu bestehen. Erwerbsarbeit wird als der Normalfall definiert, dem alle Maßnahmen und Leistungen unter- und zugeordnet werden. Dem seit über 30 Jahren bekannten Problem der Massenarbeitslosigkeit begegnet der Sozialstaat nicht mit Maßnahmen der Arbeitsplatzausweitung, sondern der Verwaltung des Problems durch Transferleistungen. Die sozialstaatlichen Prinzipien des Forderns und Förderns werden auch unter Zuhilfenahme Sozialer Arbeit umgesetzt, die die Aufgabe zugewiesen bekommt, Aktivitäten für Erwerbslose für deren Wiedereingliederung in das Erwerbsarbeitssystem vorzuhalten. So gelten z.B. die Suchterkrankung, aber auch andere psychische Erkrankungen in diesem Sinne eben nicht mehr als Krankheit, sondern lediglich als Vermittlungshemmnis. Werden aber die Problemlagen kranker Menschen überwiegend unter dem Gesichtspunkt ihrer Wiederbeschäftigung bearbeitet, dann können viele ihrer Problemlagen nicht professionell bearbeitet und es kann in der Folge häufig auch nicht für deren (Wieder-) Beschäftigung gearbeitet werden. Eine unter dem Primat von „workfare“ stehende Hilfe für psychisch Kranke muss die Breite der Problemlagen reduzieren und gerade deshalb auch den umfassenden Bedarf an professioneller Unterstützung für eine (Wieder-) Beschäftigung außer Acht lassen. Mit der Umstellung hin zu einem aktivierenden Sozialstaat ist eine weitere, auch für die Soziale Arbeit bedeutsame Veränderung verbunden: Die Leistungen der sozialen Sicherung und die der sozialen Fürsorge sind bisher in die Gegenseitigkeit von Solidaritätssystemen eingebaut. Im aktivierenden Sozialstaat besteht aber inzwischen die Mündigkeit der Menschen vor allem darin, dass sie **keine sozialstaatlichen Leistungen** in Anspruch nehmen oder nehmen müssen. Menschen, die aber auf derartige Leistungen angewiesen sind, werden aus der Gegenseitigkeit autonomer Menschen herausgelöst und in ein eigenständiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen ihnen als Leistungsempfängern auf der einen und den Steuer- und Beitragszahlern auf der anderen Seite verwiesen. Durch ihren Leistungsbezug bringen Leistungsempfänger dieses Verhältnis aus dem Lot und müssen sich in der Folge die erhaltenen Leistungen durch besondere Pflichten oder gar durch Rechtsminderungen verdienen. In dem Maße, wie die Soziale Arbeit im Allgemeinen und die Arbeit mit psychisch kranken Menschen und Suchtkranken im

Besonderen diese Entwicklung mit vollzieht, muss sie mit Menschen arbeiten, die vom Sozialstaat „ausgebürgert“ sind, wie Matthias Möhring-Hesse es ausdrückt. Im „aktivierenden Sozialstaat“ werden die Ursachen der Erwerbslosigkeit grundsätzlich individualisiert gesehen mit der Folge deutlicher Repressionen gegenüber den Erwerbslosen. Im Rahmen einer überwachenden und kontrollierenden Betreuung werden die sozialstaatlich definierten Regeln und Normen durchgesetzt. Diese Prinzipien sollen zunehmend in der Betreuung und Beratung der Geförderten umgesetzt werden. Die Soziale Arbeit, die wir leisten und die nur das Ziel der Beseitigung von Vermittlungshemmnissen kennt, wird zum durchsetzenden Programm des aktivierenden Sozialstaats.

Wenn auch in Deutschland unter dem Leitbegriff der „Aktivierung“ mit der Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung seit 2003 Leistungsansprüche an den Sozialstaat reduziert werden und seit 2005 das Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau für alle eingeführt ist, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, dann soll das zwar mit verstärkten Vermittlungsbemühungen einer modernisierten Bundesagentur für Arbeit einher gehen, die Forderung der meisten Ökonomen und vieler Sozialpolitiker zielt aber eindeutig auf einen Niedriglohnsektor, den wir heute schon sehr verbreitet haben. Das aber bedeutet nichts anderes, als dass für die dort Tätigen die Erwerbsarbeit allein zur gesellschaftlichen Teilhabe nicht reicht. Das Ergebnis ist schlicht Armut - mit oder ohne Arbeit, soziale Ausgrenzung trotz Inklusion in den Arbeitsmarkt.

Die Überflüssigen

Die Diskussion um Hartz IV verweist damit auf ein tief greifendes soziales Problem, das wohl zur „neuen sozialen Frage“ des 21. Jahrhundert wird: die „Exklusion“ der „Überflüssigen“, zu denen auch ein Teil unserer Suchtkranken zu rechnen ist. Der Prozess der Exklusion hat seine Ursache in den Umbrüchen der Erwerbsarbeit, dem Brüchig-werden sozialstaatlicher Inklusion und der Schwächung familiärer Bindungen: „Das Draußen der Ausgrenzung liegt nicht im gesellschaftlichen Jenseits, sondern ist aufs engste mit dem Drinnen verschränkt“, sagt Michael Opielka. Zwar geben die langfristigen Daten bislang wenig Anlass für die auch unter Linken und Ökologen verbreitete Befürchtung einer „technologischen Arbeitslosigkeit“, da die Inklusionsfähigkeit der Arbeitsmärkte in den OECD-Staaten noch immer erheblich ist. Dennoch betrug die Arbeitslosigkeit in Deutschland durchweg ca. 10 Prozent. Außerdem kommt zur großen Zahl der Arbeitslosen die wachsende Zahl der „Working Poor“. Erst wenn man beide Gruppen zusammen betrachtet, wird das Problem der „Exklusion“ in Umfang und Dramatik klar. Während im Sozialstaat des 20. Jahrhunderts die Gewerkschaften und die mit ihnen verbundenen Arbeiter-, aber auch die Volksparteien als Anwälte der Arbeitnehmer wirkten, fehlen den Überflüssigen der neuen sozialen Frage derart mächtige Anwälte. Und die Diskussionen um den Mindestlohn, um die Höhe und vor allen Dingen um die Ausnahmeregelungen zeigen die schmale Unterstützerriege für diesen Ansatz. Bei uns arbeiten 2,5 Mio Menschen mit einem Stundenlohn unter 6.- € , davon 800.000 in Vollzeit und erzielen damit einen Monatslohn von unter 1.000.- € !

Aufgrund der alten Schlachtordnung, nämlich der Verteilungsregel von Arbeit und Einkommen ausschließlich über den Arbeitsmarkt, wird die „Exklusion“ von immer mehr Bürgern riskiert, die ihre fehlenden oder geringen Arbeitseinkommen nur sozialhilfeähnlich aufgestockt erhalten, sich vorher weitgehend „entsparen“ müssen und denen - im Unterschied zum Arbeits- und Vermögensbesitzer - vollständige Transparenz abverlangt wird. Die „Exklusion“ von immer mehr Menschen aus dem „Normal“-Arbeitsmarkt verknüpft deshalb das ökonomische Problem der Kopplung von (Erwerbs-) Arbeit und Einkommen unmittelbar mit der Notwendigkeit der Forderung nach sozialen Bürgerrechten.

Die Alternative zum Sozialstaatsmodell des letzten Jahrhunderts wie auch zur propagierten „Aktivierung“ bestünde folglich darin, dass die Verteilungsregel grundsätzlich modernisiert und grundrechtlich politisiert wird. Darauf basiert seit vielen die Idee eines Grundeinkommens für alle, das in zahlreichen Facetten diskutiert wird mit unterschiedlichen Modellen und Berechnungen.

4. Die alleinige Fixierung auf bezahlte Lohnarbeit grenzt von vornherein Menschen aus, die auf dem 1. Arbeitsmarkt nur geringe Chancen haben

Die Gewissheit „Ich arbeite, also bin ich“ hat in den vergangenen Jahrzehnten in Anbetracht des rasanten Wandels von Gesellschaft und Arbeitswelt einige Erschütterung erfahren, aber die Idee „ich arbeite, also bin ich“ ist keineswegs Geschichte. Erwerbsarbeit – davon müssen wir immer noch ausgehen - ist nach wie vor der Legitimationskern unserer Gesellschaft. Ob das so weit geht, dass die sinn- und identitätsstiftende Funktion der Erwerbsarbeit so überhöht ist, „dass Arbeit fast schon religiöse Züge“ trägt, wie der Theologe Ansgar Kreuzer zuspitzt, oder ob Arbeit schlicht das „innerste Wesen des Lebendigseins“ berührt, wie Marie Jahoda formulierte - Fakt ist: Zugehörigkeit zur Gesellschaft wird nach wie vor über Erwerbstätigkeit gesteuert. Teilhabe, Einkommen und soziale Absicherung, Status und Reputation, Respekt und Anerkennung und soziale Kontakte sind in erster Linie über Arbeit zugänglich.

„Dazugehören“ mit Rechten und Pflichten, im Geben und Nehmen bedeutet, sich als Bürger zu erleben. „**Jeder Mensch will notwendig sein**“ sagt der Sozialpsychiater Klaus Dörner und weist darauf hin, dass es zum innersten Kern des Menschseins gehört, sich als tätig und für andere bedeutsam, eben als notwendig zu erleben. Die Erfahrung seiner selbst im Kontakt mit anderen, die Erfahrung der eigenen Leistungsfähigkeit und der eigenen Begabungen lässt uns dazugehören – und diese Erfahrung ist nicht durch Transferleistungsbezug sicherzustellen.

5. Von einer Arbeitsgesellschaft müssen wir zu einer Tätigkeitsgesellschaft werden

Ein Zitat von Hannah Arendt dazu: *„Die Neuzeit hat im 17. Jahrhundert damit begonnen, theoretisch die Arbeit zu verherrlichen und sie hat zu Beginn unseres Jahrhunderts damit geendet, die Gesellschaft im Ganzen in eine Arbeitsgesellschaft zu verwandeln. (...) Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft,*

der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?“

Und dazu Erich Fromm:

„Zwanghaftes Arbeiten allein würde die Menschen ebenso verrückt machen wie absolutes Nichtstun. Erst durch die Kombination beider Komponenten wird das Leben erträglich. Erich Fromm

Gesellschaftlich müssen wir umdenken: Wir können uns mehrheitlich zukünftig nicht mehr nur über bezahlte Arbeit definieren, sondern über die Tätigkeit, die wir ausüben, ob bezahlt oder ehrenamtlich, in der Freizeit oder in der Familienarbeit durch Kindererziehung und Pflege, in Altruismusprojekten oder in Nebenjobs. Die Fixierung auf die bezahlte Lohnarbeit mit all ihren Möglichkeiten, aber auch mit ihren Zwängen wird sich vielleicht irgendwann von selbst erledigen, denn schon heute haben wir selbst bei den bezahlten Lohnarbeitern heftige Unterschiede: die einen, die von ihrem Einkommen leben können und die anderen im Niedriglohnsektor, die nicht nur vorübergehend von Transferleistungen abhängig sind und es bleiben werden. Die zukünftige Eigen-Definition und Wertigkeit würde dann nicht mehr hergeleitet alleine aus der beruflichen Tätigkeit, sondern aus jedweder Tätigkeit, die ich für mich oder für andere ausübe. Das wird der Umstieg von der Arbeits- in die Tätigkeitsgesellschaft sein, wie Sozialökonom prognostizieren.

6. Tätigkeiten sind alle Aktivitäten zum eigenen Unterhalt und zur Verbesserung des Gemeinwesens: auch der Einsatz für andere gehört dazu!

Wir wissen seit einiger Zeit aus den Ergebnissen der Sozialforschung zum bürgerschaftlichen Engagement, das von ihm die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft wesentlich abhängt, und zwar überhaupt nicht in erster Linie aus Kostengründen, sondern aus Gründen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, des sozialen Friedens und der gesellschaftlichen Solidarität. Nicht nur die bezahlte Lohnarbeit, sondern auch das bürgerschaftliche Engagement stiftet Sinn und kann bereichern mit dem Vorteil, dass man dieses Engagement selbst aussuchen kann und es völlig aus freien Stücken tut, allerdings mit dem entscheidenden Nachteil: Man kann davon nicht leben. Dabei hält das bürgerschaftliche Engagement die Demokratie lebendig und stärkt die Identifikation mit dem örtlichen Gemeinwesen, wie Paul-Stefan Roß aus Stuttgart nachweisen konnte.

Das gesellschaftliche Kernproblem besteht darin, dass viele Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft aktuell steht, nur bewältigt werden können, wenn viele Menschen bereit sind, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Ich habe das in den ersten Jahren der AIDS-Arbeit in den Niederlanden erlebt, dass es für viele junge Menschen, die vorübergehend keine Arbeit hatten, eine Ehrensache war, sich für andere Menschen – hier für die AIDS-Kranken – einzusetzen, sozusagen als Gegenleistung für die staatliche Unterstützung während der Arbeitslosigkeit. Die ganze Bewegung der „buddies“ hatte hier ihren Ursprung.

7. Altruismusprojekte sind ebenso zu fordern und zu fördern wie Eingliederungsmaßnahmen auf den Arbeitsmarkt

Es gibt keinen Zweifel: Soviel es auch an Kritik an der Arbeitsmarktpolitik und an den konkreten Arbeitsverhältnissen gibt: für die gesellschaftliche Zugehörigkeit ist die berufliche Tätigkeit ein großer Garant für gesellschaftliche Zugehörigkeit. Noch ist das so. Es muss aber nicht so bleiben!

Was ist also zu tun? Wir sollten mindestens parallele Wege gehen und dabei das gemeinsame Ziel der Integration oder Inklusion von Menschen, die in der Gefahr sozialer Randständigkeit stehen, vertreten.

Diese Wege sind einerseits, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Menschen in Arbeit zu vermitteln, wenn sie es denn wollen, wenn sie denn können, wenn sie denn der Arbeit etwas abgewinnen, wenn sie stark genug sind für den Arbeitsmarkt und seine Anforderungen. Alle Möglichkeiten der Stärkung durch Bildung, durch Motivation, durch Willensbildung und Durchhaltevermögen sollten wir extrem und radikal nutzen. Auch alle Förderungen und Fördertöpfe sollten wir einsetzen, um diese Ziele zu erreichen. Unbedingt.

Aber: Wir sollten mit der gleichen Kraft, mit dem gleichen Einsatz auch andere, bisher unbezahlte Tätigkeiten fördern, die Lebenszufriedenheit fördern und die dazu geeignet sind, die Feststellung von Klaus Dörner zu verwirklichen, dass nämlich jeder Mensch notwendig sein will, dass er einen Wert hat, den er auch aus der Bedeutung für andere ableiten kann.

Einer meiner älteren Klienten, versehen mit allen möglichen und unmöglichen Diagnosen von Depression, von Impulskontrollstörung und borderline-Symptomatiken ist seit vielen Jahren auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht mehr vermittelbar. Und das wohl endgültig. Was bleibt, außer auf den Tod zu warten? Er betreut eine ältere Dame im Altersheim und betätigt sich bei einer der sozialpolitisch höchst umstrittenen Tafeln, also der Verteilung von Lebensmitteln an bedürftige Menschen. Das ist zwar unter seinem Ausbildungsniveau – er ist immerhin Sozialpädagoge und Suchttherapeut, also jemand von uns, – aber er macht das aus freien Stücken, gerne und findet wenigstens ein Stück Dankbarkeit und Anerkennung durch die Menschen, für die er sich einsetzt. Ich will das nicht als Ideal hinstellen – weiß Gott nicht! Es ist Ausdruck purer Not!– Aber Altruismusprojekte im größeren Stil könnten schon vielen Leuten auch aus dem Kreis derer, die wir als Suchthilfe betreuen, helfen, wieder eine eigene Wertigkeit zu erkennen durch das, was sie für andere tun. Altruismus ist eine zutiefst heilsame Kraft!

8. Suchtarbeit sollte sich für seriöse Modelle des bedingungslosen Grundeinkommens (KAB) oder der solidarischen Bürgerversicherung (Butterwege) einsetzen

Am 9. Juli 2004 verabschiedete der Bundesrat mit dem Kommunalen Optionsgesetz den Kern der Arbeitsmarktreform Hartz IV. Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden zu einem neuen „Arbeitslosengeld II“ (ALG II) zusammengelegt, das Langzeiterwerbslose finanziell teils deutlich schlechter stellt. „Workfare“ statt „welfare“ lautete seit dem nun auch in Deutschland die Parole, die aus dem angloamerikanischen Raum schon länger erklingen war. Die gesellschaftlichen, oder

besser die sozialpolitischen Veränderungen seither sind erheblich. Das wissen wir alle inzwischen und haben es erlebt.

Durch einen eigentümlichen Zufall wurde am selben Tag, an diesem 9. Juli 2004 in Berlin ein deutsches „Netzwerk Grundeinkommen“ gegründet. Es wollte die akademische und politische Diskussion um ein Grundeinkommen befördern, das die Existenz sichert, auf einem individuellen Rechtsanspruch beruht und ohne Bedürftigkeitsprüfung oder Zwang zur Arbeit auskommt. Alles Eigenschaften, die mit dem Arbeitslosengeld II auf den ersten Blick nichts zu tun zu haben.

Die Merkmale und Mängel von Hartz IV sind ja inzwischen bekannt. Aber könnte es auch eine Weiterentwicklung oder eine Alternative geben, z.B. in Form des Grundeinkommens? Und wie müsste die taugliche Alternative beschaffen sein? Sozialhilfeinitiativen wie Gewerkschafter sehen in Hartz IV einen Abbau von Leistungsrechten und eine Verschärfung von Arbeitsverpflichtungen. Ohne Einkommen ist das Leben in einer Konsumgesellschaft unmöglich. Die Negation des Zugangs zu sozialstaatlichen Geldleistungen wirkt somit als Zwang zum Angebot der eigenen Arbeitskraft, das heißt als indirekte Arbeitsverpflichtung.

Sicher arbeitet das Arbeitslosengeld II mit einer zwar nicht direkten, aber indirekten Verpflichtung zur Arbeit, die im sozialdemokratischen (und teils auch grünen) Neu-Deutsch als „Aktivierung“ bezeichnet wird. Schon drei Jahre vor Hartz IV hatte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder verkündet: „Es gibt kein Recht auf Faulheit“, wie es noch Lafaque gefordert hatte. Müssen aber tatsächlich 3-4 Mio. Arbeitslose „aktiviert“ werden? Sind sie inaktiv, faul, träge?

Davon kann nicht die Rede sein: Die Mehrheit der Langzeitarbeitslosen bemüht sich teils verzweifelt um einen Job und leidet - vor allem mit Kindern – unter der Stigmatisierung kaum weniger als unter der Geldknappheit. Doch noch greift der Vorwurf der Faulheit, weil das Recht auf Faulheit nur den Vermögenden und Rentnern gewährt wird. Derartige - wenn auch subtile - Unterstellungen sollen die Würde der Betroffenen angreifen, ihnen Anerkennung entziehen, und sie zu neuen Pauperi degradieren, zu Halb-Bürgern. Dabei erbringt, wer nicht erwerbstätig ist, oft sehr nützliche Tätigkeiten für die Gemeinschaft: die Pflege von Angehörigen und Nachbarn, die Erziehung von Kindern, ganz allgemein gesprochen: bürgerschaftliches Engagement. Hartz IV will jedoch keine Tätigkeitsgesellschaft, sondern hält an der Erwerbsgesellschaft eisern fest.

Der Unterschied des Grundeinkommens zum Arbeitslosengeld II ist schlicht die Liberalität und Würde dieser Lösung: Man wird weder als Billigarbeiter noch als pädagogisches Objekt behandelt, sondern als Bürger, der über seine Zeit und sein Einkommen (einschließlich seiner Schulden) selbst gebietet. Der Unterschied mag klein erscheinen, er geht aber aufs Ganze. Das unterscheidet das „echte“ Grundeinkommen und seine Einstiegsvarianten von jeder sozialhilfeähnlichen Lösung. Der entscheidende Unterschied ist die Abkehr von der Arbeitsabhängigkeit, von einer Ideologie der Erwerbsarbeit. Dass das Grundeinkommen daneben auch den Einstieg in den Arbeitsmarkt wie in gemeinnützige Tätigkeiten im „Dritten Sektor“ fördert, steht dazu nicht im Widerspruch. Das Grundeinkommen soll nicht den **Ausstieg** aus der Gesellschaft fördern, sondern den selbst bestimmten **Einstieg**. Es

überlässt aber dem Einzelnen, wie er einsteigt. Diejenigen, die aussteigen - meist aus Resignation, selten aus Überzeugung -, werden nicht mehr diskriminiert, sondern als freie Bürger behandelt - wie heute schon faule Erben oder träge Kinder wohlhabender Eltern. Die fehlende Diskriminierung kann aber die kulturelle und psychische Situation all derer gravierend verbessern, die überhaupt nicht aussteigen wollen, sondern oft genug verzweifeln, weil sie vergeblich einen Einstieg in die gesellschaftliche Arbeit suchen - also all jene, die unter den stigmatisierenden Maßnahmen von Hartz IV zu leiden haben.

Vielleicht könnte, allen Widrigkeiten mit Hartz IV zum Trotz, das Arbeitslosengeld II sogar ein erster Schritt zu einem echten Grundeinkommen sein. Zunächst stellt die von Hartz IV geleistete Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in der Tat die Voraussetzung dafür dar, dass Arbeiter und Arme nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden können. Das aber auch dringend notwendig, denn längst gibt es viel zu viele Menschen, die beides sind: Arme Arbeitende, working poor. Tatsächlich handelt es sich bei Hartz IV um ein lohnarbeitszentriertes Grundeinkommen.

Erklärtes Ziel ist es, die Annahme auch von gering bezahlter Erwerbsarbeit attraktiver zu machen. Armut soll normal werden, damit die Leute sich „bemühen“, worum auch immer. Das Arbeitslosengeld II wertet die „da unten“ ab, macht sie nur im glücklichen Fall zu „Kunden“ einer Bundesagentur für Arbeit, diskriminiert im schlechten Fall die Mehrheit zum „überflüssigen“ Rest, der sich gefälligst um die wenigen Jobs rangeln soll. Für 1 bis 2 Euro pro Stunde sollen sie gemeinnützige Arbeit leisten oder durch Billiglöhne das Arbeitslosengeld II aufbessern. Was für junge Leute noch angehen mag, erleben Ältere als massive Entwürdigung.

Diese diskriminierende Intention von Hartz IV steht konträr zur Idee des Grundeinkommens. Das neue Arbeitslosengeld II in Deutschland ist insofern noch weit davon entfernt, ein echtes Grundeinkommen zu sein. Es ist allenfalls eine Grundsicherung, die weiterhin an die Arbeitsbereitschaft geknüpft bleibt. Fehlende Arbeitsbereitschaft führt, zumindest prinzipiell, zum Verlust des Einkommensanspruchs.

Sozialpolitisch spricht alles für ein Grundeinkommen, das auf jede Form des staatlichen Arbeitszwanges verzichtet und vollständig auf Anreize setzt. Anders als das Arbeitslosengeld II setzen echte Grundeinkommensmodelle auf soziale Grundrechte, auf Anerkennung von gesellschaftlicher Tätigkeit, nicht nur von Erwerbsarbeit.

Aber: Grundeinkommen ist nicht Grundeinkommen: Es würde zu weit führen, die unterschiedlichen Modelle zu schildern, die sich zum Teil erheblich unterscheiden. Das Modell von Götz Werner ist sicher sehr viel weniger geeignet als andere. Sehr diskutabel ist auch die solidarische Bürgerversicherung, die Christoph Butterwegge vorschlägt. Gemeinsam ist aber ein Einkommen ohne Gegenleistung, bzw. die Gegenleistung besteht allein darin, Bürger dieses Staates zu sein.

Die Ideen des Grundeinkommens werden übrigens in allen demokratischen Parteien diskutiert, wenn auch nicht unbedingt sehr offen. Wir sollten das in der Suchthilfe auch tun.

Das Modell der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, dem ich und der SKM bundesweit nahestehen, ist gut durchgerechnet und sowohl volkswirtschaftlich als

auch sozialpolitisch sehr anerkannt. Es basiert auf Ermunterung statt Exklusion und ist gegen eine soziale Realität gerichtet, die Demokratie und Liberalität zunehmend gefährdet.

9. Arbeit, Tagestruktur und andere Tätigkeiten stärken Selbstbild und Selbstregulation – wichtige Voraussetzungen zur Lebenszufriedenheit.

Und was hat das nun alles mit der Sucht zu tun? könnte man fragen. Alles, würde ich antworten, denn nicht die Arbeit oder Tätigkeit an sich ist es, die sich positiv auf die Bewältigung einer Suchterkrankung auswirken kann, sondern es sind die Erfahrungen, die in diesen Tätigkeiten gemacht werden, die entweder frühere Erfahrungen bestätigen oder abschwächen können und zu einer Neubewertung von Arbeit und Tätigkeit führen können.

Die Erfahrungen in der eigenen Aktivität, ob in Lohnarbeit oder als bürgerschaftliches Engagement sind allesamt geeignet, die Selbstregulation im Denken und Handeln zu fördern, Kontrolle über sich selbst und die eigenen Impulse zu stärken, neben Kognition und Emotion auch den Bereich der Volition, der Willensbildung, der Willensäußerung und der Umsetzung des Willens als Lebensäußerung wahrzunehmen und diese Fähigkeiten einzusetzen.

Das sind wesentliche Einflüsse und auf das Suchtgeschehen oder – besser gesagt – auf die Überwindung der Sucht, wenn man sie denn verstehen kann als Verlust der Regulationskompetenz, die auf diese Weise wieder hergestellt werden kann.

Ich bin Ihnen als Veranstalter unendlich dankbar, dass Sie diese Thematik in den Mittelpunkt Ihrer Tagung gestellt haben und wünsche Ihnen und dem Kongress ganz viele Ideen und eine neue Aufbruchstimmung, denn wir alle in der Sucht leisten gute Arbeit, wenn auch in schlechten Zeiten.

Autor:

Wolfgang Scheiblich

Vorstand

SKM Köln

Sozialdienst Katholischer Männer e.V.

Große Telegraphenstraße 31

50676 Köln

Tel. : 0221 2074 - 300

Fax : 0221 2074 - 303

wolfgang.scheiblich@skm-koeln.de

www.skm-koeln.de